Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► **Regierungsratsbeschluss vom 22. Mai 2012**

P120375

Anpassung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) infolge Umsetzung der Motion Barthassat (08.3616) "Jugendlichen ohne gesetzlichen Status eine Berufslehre ermöglichen"

://: 1. Der vorgelegte Briefentwurf wird zur Ausfertigung und Weiterleitung an das Bundesamt für Migration genehmigt.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst ausdrücklich das Vorhaben, dass Jugendlichen ohne gesetzlichen Status, die ihre obligatorische Schule in der Schweiz absolviert haben, der Zugang zur Berufslehre ermöglicht werden soll. Dies entspricht in seiner Stossrichtung der Standesinitiative betreffend Zugang zu Lehrstellen für „sans papiers“, welche der Kanton Basel-Stadt am 29. Juni 2010 eingereicht hat. Die Verordnungsänderung ist jedoch zu sehr auf einen dauernden Verbleib ausgerichtet. Dies lehnen wir aus Gründen der Gleichbehandlung mit denjenigen Ausländerinnnen und Ausländern ab, welche sich um einen rechtmässigen Aufenthalt in der Schweiz bemühen.

STAATS-KANZLEI BASEL-STADT